



Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Tourismus

Sitzungstermin:	Dienstag, 26.11.2024
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Rathaussaal, Markt 1, 17235 Neustrelitz

Anwesend

Vorsitz
Christoph Poland

stellv. Vorsitz
Erik Swiatloch

Mitglieder
Christian Czollek
Torsten Herzberg
Thomas Hildebrandt
Mathias Kriewald
Ralf Milbredt
Andreas Petters

Daniel Priebe
Patrick Scholz

Mitarbeiter der Verwaltung
Nadine Werth

Vertretung für:
Carolin Töllner-
Lichterfeld

Abwesend

stellv. Vorsitz
Carolin Töllner-Lichterfeld

entschuldigt

Gäste:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Begrüßung der Anwesenden, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 2 Änderungen zur Tagesordnung
- 3 Richtlinie der Residenzstadt Neustrelitz zur Förderung der Kultur und Städtepartnerschaften VO(S)/2024/030
- 4 Unterstützung beim Erhalt und Betrieb des Erinnerungsortes in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt Töpferstraße VO(S)/2024/035
- 5 Realisierung eines Radverleihsystems (Sharingmodell) in Neustrelitz VO(S)/2024/036
- 6 Informationen/Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- 7 Auswertung der Workshops
- 8 Informationen/Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Begrüßung der Anwesenden, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die heutige Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest (Zum Sitzungsbeginn sind 10 von 10 Ausschussmitgliedern anwesend). Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

2 Änderungen zur Tagesordnung

Es gibt keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung.

3 Richtlinie der Residenzstadt Neustrelitz zur Förderung der Kultur und Städtepartnerschaften VO(S)/2024/030

Frau Meifert sagt, dass die Richtlinien veraltet waren und mit der Vorlage der Kulturförderrichtlinie überarbeitet wurden. Dies erfolgte in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt, sowie dem Justiziar.
Die Richtlinien liegen den Anwesenden vor und es wird darüber abgestimmt.

Beschluss: Die Stadtvertretung beschließt

die Richtlinie der Residenzstadt Neustrelitz zur Förderung der Kultur und Städtepartnerschaften der Residenzstadt und setzt damit die derzeit gültige Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für kulturelle Vorhaben durch das Kulturamt der Stadt Neustrelitz außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 10
--

Anwesend: 10

Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 3
---------------	-----------------	-----------------

**4 Unterstützung beim Erhalt und Betrieb des Erinnerungsortes VO(S)/2024/035
in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt Töpferstraße**

Herr Grund informiert kurz über die Geschichte der Stasi Haftanstalt und die aktuelle Entwicklung des Vereins, sowie zu vorliegendem Förderantrag. Er weist auf die Wichtigkeit dieses Erinnerungsort in Mecklenburg-Vorpommern hin.

Herr Milbredt richtet konkrete Frage zu Besucherzahlen an Herrn Grund und erkundigt sich nach Eintrittsgeldern.

Besucherzahlen hat Herr Grund in diesem Moment nicht zur Hand, sie liegen der Verwaltung aber vor und werden gerne nachgereicht. Herr Grund betont wie wichtig es ist keine Eintrittsgelder zu nehmen um vor allem Schulen/Bildungseinrichtungen den Zutritt zu gewähren. Herr Swiatloch unterstützt Herrn Grunds Standpunkt zu dem Thema Eintrittsgelder.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Neustrelitz beschließt wie folgt:

1. Grundsätzlich soll der Erhalt und Betrieb des Erinnerungsortes in der Trägerschaft des Vereins Erinnerungsort Stasi-Haftanstalt Töpferstraße Neustrelitz e.V. begleitet und unterstützt werden. Dazu sind weitere Partner im Sinne des Letter of Intent als Voraussetzung für unsere Unterstützung mit einzubinden.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den vorliegenden Entwurf abschließend zu verhandeln und auch zu unterzeichnen. Sollte sich der gesamte Rahmen verändern, ist die Stadtvertretung vor Unterzeichnung zu informieren.
3. Gemäß vorliegendem Förderantrag des Vereins ist für den Zeitraum von 2025 bis 2027 seitens der Stadt Neustrelitz die Summe von 16.739,60 Euro jährlich im Haushalt bereitzustellen und quartalsweise auszuführen. Der Verwendungszweck muss dem im LOI genannten Inhalt entsprechen. Ein einfacher Verwendungsnachweis soll jährlich vom Verein vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 10		Anwesend: 10
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen:

**5 Realisierung eines Radverleihsystems (Sharingmodell) in VO(S)/2024/036
Neustrelitz**

Herr Grund informiert über den aktuellen Stand zum Radverleihsystem.
Im Anschluss gibt es Fragen an Herrn Grund, welche beantwortet werden.
Es folgt noch eine kurze Diskussion zu den Kosten und dem Abstellstandort „Markt“.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Neustrelitz beschließt:

1. Die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens mit dem Ziel, ein leistungsfähiges und attraktives Radverleihsystem in Neustrelitz durch den besten Anbieter einführen, vorhalten und betreiben zu lassen, der auch sämtliche im Zusammenhang stehende Dienstleistungen eigenständig organisiert und realisiert.
2. Die Systemeinführung im Jahr 2025, ausgelegt auf zunächst 5 Jahre Laufzeit und unter der Maßgabe, dass ein Radverleihnetz - möglichst kompatibel - in der Mecklenburgischen Seenplatte systematisch entstehen kann.
3. Das kostenlose zur Verfügung stellen von bis zu 15 Grundstücken im öffentlichen Verkehrsraum (ersatzweise bei Projektpartnern als Alternative mit deren Zustimmung) für die Verleihstationen, verteilt über das Stadtgebiet, Entfernung untereinander etwa 500 m.
4. Die finanzielle Beteiligung der Stadt an der aufwandsunabhängigen Pauschale gegenüber dem Betreiber in Höhe von jährlich bis zu 6.000,- Euro netto, bezogen auf die Laufzeit von zunächst 5 Jahren, die Einplanung und Auszahlung im Haushalt der Stadt.
5. Die Erweiterungsmöglichkeit des Systems hinsichtlich Stationen, Laufzeit, e-Bikes, Lastenfahräder, Nutzungsoptionen usw. für ein bewährtes System nach positiver Auswertung und Erfahrungsbericht im Kultur- und Tourismusausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 10		Anwesend: 10
Ja-Stimmen: 5	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 4

6 Informationen/Anfragen

Herr Grund informiert über die Änderung des Bürokratieentlastungsgesetz zur Abschaffung der Meldepflicht für deutsche Staatsangehörige in Beherbergungsstätten und die damit einhergehende bürokratische Entlastung. Herr Grund sagt, dass das Sachgebiet Tourismus die Beherberger in einem Schreiben darüber informiert hat.

Herr Grund merkt an, dass auch die aktuelle Satzung zur Kurabgabe im Frühjahr 2025 überarbeitet und angepasst wird.

Herr Milbredt verlässt die Sitzung.

Vorsitz:

Protokollant:
